Satzung der Otto-Friedrich-Universität Bamberg
über die Abweichung von Regelungen in den Studien- und Prüfungs-
sowie Promotions- und Habilitationsordnungen aufgrund von
Einschränkungen im Lehr- und Prüfungsbetrieb durch das
Corona-Virus SARS-CoV-2
– Corona-Satzung –
Vom 17. April 2020

(Fundstelle: https://www.uni-bamberg.de/fileadmin/uni/amtliche_veroeffentlichungen/2020/2020-38.pdf)
Aufgrund des Art. 13 Abs. 1 Satz 2 i. V. m. Art. 58 Abs. 1 und Art. 61 Abs. 2 Satz 1, Art. 64 Abs. 1 Satz 5, Art. 65 Abs. 7 Sätze 1 und 2 des Bayerischen Hochschulgesetzes – BayHSchG – erlässt die Otto-Friedrich-Universität Bamberg folgende

Satzung

Präambel

Diese Satzung verfolgt den Zweck, den Studien- und Lehrbetrieb in sämtlichen Studiengängen im Sinn des Art. 56 Abs. 1 BayHSchG sowie sonstigen Studien im Sinn des Art. 56 Abs. 6 BayHSchG und in Promotions- sowie Habilitationsverfahren an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg trotz der Einschränkungen des öffentlichen Lebens, die sich durch das Corona-Virus ergeben, soweit wie möglich aufrechtzuerhalten und den Studierenden sämtlicher Studiengänge und sonstiger Programme im oben genannten Sinne ein möglichst ungehindertes (Weiter-)Studium zu ermöglichen sowie den Fortgang der Nachwuchsqualifizierung zu sichern.

§ 1

Geltungsbereich

Diese Satzung findet Anwendung auf sämtliche Studiengänge im Sinn des Art. 56 Abs. 1 BayHSchG, sonstige Studien im Sinn des Art. 56 Abs. 6 BayHSchG sowie Promotions- und Habilitationsverfahren an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg.

§ 2

Abweichung von den Regelungen in Studien- und Prüfungsordnungen

(1) Sofern und soweit Lehrveranstaltungen und Prüfungen nachweislich aufgrund der Einschränkungen des öffentlichen Lebens oder sonstiger Auswirkungen des Corona-Virus nicht in der von der jeweiligen Studien- und Prüfungsordnung bzw. dem Modulhandbuch vorgesehenen Art und Weise stattfinden können, kann für das Semester, in welchem sich die jeweilige Einschränkung auswirkt, von den in der jeweiligen Studien- und Prüfungsordnung bzw. dem Modulhandbuch vorgesehenen Vorgaben zu Lehr- und/oder Prüfungsformaten nach Maßgabe der folgenden Regelungen abgewichen werden:

1. Die ursprünglich vorgesehenen Lehr- und/oder Prüfungsformate können nachweislich aufgrund des Corona-Virus nicht wie geplant durchgeführt werden und
2. die stattdessen geplanten Lehr- und/oder Prüfungsformate sind nach Einschätzung der Studiendekanin bzw. des Studiendekans in im Wesentlichen gleicher Weise dazu geeignet, den Studierenden einen erfolgreichen Abschluss des Studiengangs bzw. der sonstigen Studien zu ermöglichen (kompetenzorientiertes Lehr- und Prüfungswesen).
(2) Abs. 1 gilt entsprechend für die in der jeweiligen Studien- und Prüfungsordnung vorgesehenen Regelungen zum Studienverlauf, d. h. die Verschiebung einzelner Module in früher oder später gelegene Semester, wenn

1. der ursprünglich vorgesehene Studienverlauf aufgrund von zwingend in Präsenzform durchzuführender Lehre (beispielsweise Praktika) nachweislich aufgrund des Corona-Virus nicht wie geplant eingehalten werden kann und

2. der stattdessen geplante Studienverlauf nach Einschätzung der Studiendekanin bzw. des Studiendekans in im Wesentlichen gleicher Weise dazu geeignet ist, den Studierenden einen erfolgreichen Abschluss des Studiengangs bzw. der sonstigen Studien zu ermöglichen (aufeinander aufbauende Kompetenzen).

(3) 1Anträge nach Abs. 1 und 2 sind für den jeweiligen Studiengang möglichst gebündelt von der bzw. dem Studiengangverantwortlichen an die jeweils zuständige Studiendekanin bzw. den jeweils zuständigen Studiendekan zu stellen. 2Über eine Abweichung nach Abs. 1 oder Abs. 2 entscheidet die jeweils zuständige Studiendekanin bzw. der jeweils zuständige Studiendekan nach Anhörung der bzw. des Vorsitzenden des jeweils zuständigen Prüfungsausschusses. 3Die Änderungen sind spätestens vier Wochen nach Vorlesungsbeginn auf geeignete Weise bekannt zu geben. 4Im Falle von Änderungen nach Abs. 1 können auf geeignete Weise zu dem in Satz 3 genannten Zeitpunkt auch zwei Alternativen festgelegt werden; die Entscheidung für die eine oder die andere Alternative ist den Studierenden spätestens vier Wochen vor der Prüfung bekannt zu geben. 5Nach dem in Satz 3 genannten Zeitpunkt können Abweichungen nach Abs. 1 oder Abs. 2 in besonders begründeten Ausnahmefällen von der jeweils zuständigen Studiendekanin bzw. dem jeweils zuständigen Studiendekan zugelassen werden, soweit das kompetenzorientierte Lehr- und Prüfungswesen sichergestellt wird.

(4) Für Abweichungen von den Regelungen in Studien- und Prüfungsordnungen, die zentrale Prüfungen betreffen, gilt Abs. 3 entsprechend; die Änderungen sind dem Prüfungsamt unverzüglich mitzuteilen.

§ 3

Abweichung von Regelungen in Promotions- und Habilitationsordnungen

(1) 1§ 2 Abs. 1 gilt für Promotionsverfahren entsprechend. 2Die zuständige Dekanin bzw. der zuständige Dekan erlässt dazu im Benehmen mit dem zuständigen Promotionsausschuss Ausführungsbestimmungen zu den jeweils einschlägigen Promotionsordnungen, die bis spätestens zwei Wochen vor der jeweiligen Prüfung in geeigneter Weise bekannt zu geben sind. 3Der Antrag auf Zulassung zum Promotionsverfahren erfolgt zunächst digital, der Originalantrag ist nachzureichen.

(2) 1§ 2 Abs. 1 gilt für Habilitationsverfahren entsprechend. 2Die Entscheidungen werden von der zuständigen Dekanin bzw. dem zuständigen Dekan getroffen und sind spätestens zwei Wochen vor der jeweiligen Prüfung bekannt zu geben.
§ 4
Abweichende Lehr- und Prüfungsformate; Blockveranstaltungen; Prüfungszeiträume


(2) Sofern und soweit Lehrveranstaltungen während des Semesters geplant waren und deren Umwandlung in Blockveranstaltungen am Ende des Semesters nicht mit den jeweiligen Regelungen in der Studien- und Prüfungsordnung zum Studienverlauf vereinbar ist, so ist die Umwandlung in Blockveranstaltungen unter Beachtung der Regelungen in § 2 Abs. 2 und 3 möglich, wenn und soweit die Studierbarkeit nach wie vor gewährleistet ist. Die Umwandlung von Lehrveranstaltungen in Blockveranstaltungen setzt in diesem Fall eine Prognoseentscheidung der jeweils zuständigen Studiendekanin bzw. des jeweils zuständigen Studiendekans über die Durchführbarkeit der Präsenzveranstaltung zum geplanten Zeitpunkt nach dem Zeitpunkt der Entscheidung durch die Staatsregierung bekanntgegebenen Maßstäben voraus.


(4) Anwesenheitspflichten bei Lehrveranstaltungen, die gemäß den geltenden Studien- und Prüfungs-, Promotions- oder Habilitationsordnungen bzw. dem Modulhandbuch bestehen und deren Einhaltung Bestehens- oder Zulassungsvoraussetzung für die Prüfung ist, sind auszusetzen, sofern die jeweilige Lehrveranstaltung ganz oder teilweise durch ein anderes
bereits in der jeweiligen Studien- und Prüfungs-, Promotions- oder Habilitationsordnung für andere Module bzw. erforderliche Leistungen vorgesehenes Lehr- und Prüfungsformat ersetzt wird oder ganz oder teilweise in elektronischer bzw. digitaler Form abgehalten wird.


§ 5
Inkrafttreten

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses der Universitätsleitung der Otto-Friedrich-Universität Bamberg vom 15. April 2020 gemäß Art. 20 Abs. 4 Satz 1 BayHSchG sowie der Genehmigung gemäß Art. 13 Abs. 2 Satz 2 in Verbindung mit Art. 61 Abs. 2 Satz 1, 64 Abs. 1 Satz 5, 65 Abs. 7 Satz 2 BayHSchG durch den Präsidenten der Otto-Friedrich-Universität Bamberg vom 17. April 2020.

Bamberg, 17. April 2020

Prof. Dr. Dr. habil. Godehard Ruppert
Präsident